

Kurzprotokoll zur OMV der GRÜNEN Fellbach vom 27.4.2012 im Hotel Eintracht, Fellbach von 20-22 Uhr

Thema: „Polizei und Kirche im Dorf lassen“ mit den Referenten Willi Halder (GRÜNE, MdL) und Alexander Bauer (SPD, Kriminalhauptkommissar)

Michael Vonau eröffnete den Abend mit einer kurzen Einführung ins Thema, insbesondere die drastischen Unterschriftenaktionen gegen die Polizeistrukturereform seitens CDU-geführter Gemeinden im Rems-Murr-Kreis.

Willi Halder leitete die Vortragsrunde ein mit der Vorstellung seiner Schwerpunktthemen Kirchenpolitik (Sprecher), Verwaltungsreform (samt Polizeistrukturereform) und Bundeswehr, ging dann über zur Vorstellung seines Korreferenten Alexander Bauer. Der Schwaikheimer SPD-Gemeinderat und Kriminalhauptkommissar für Wirtschaftsdelikte in der Kriminalaußenstelle Fellbach blickt gleichzeitig auf ein langjähriges Engagement in der Polizeigewerkschaft, im Beamtenbund und im Personalrat zurück. Aktuell ist er im Landesvorstand des Polizeibeirats der SPD und Mitglied im Bund Deutscher Kriminalbeamter. Alexander Bauer berichtete zum Einstieg von den zahlreichen Reformversuchen der letzten Jahrzehnte, von denen manche nicht den erwünschten Erfolg nach sich zogen, nämlich Rahmenbedingungen für eine effizientere, leistungsfähigere und personalfreundlichere Polizeiarbeit zu schaffen. Die derzeitige Reform habe in ihren Grundzügen schon lange Jahre in den Schubladen der zuständigen Polizeibehörden gelegen und wurde jetzt gezielt durch die neue grün-rote Landesregierung, und speziell Innenminister Reinhold Gall (SPD), bis zur Umsetzungsreife gefördert. Insofern laufen die Vorwürfe aus Kreisen von CDU und FDP, dies sei eine rein politische Reform, ins Leere, die Polizeireform wurde schon lange von Seiten der Polizei eingefordert und jetzt endlich angegangen.

Willi Halder ergänzte, dass gerade die Kampagne im Rems-Murr-Kreis auf einer offensichtlichen Zeitungsente beruhe. Hierbei wurde diskutiert, dass die Polizeidirektion für den Rems-Murr-Kreis nach Ludwigsburg verlegt werden könne. Dies sei jedoch schon aus strategischen Gründen nicht sinnvoll, da hier zwei Regionen mit großstädtischem Einzugsbereich fusioniert worden wären. Um Synergieeffekte nutzen zu können, mache es mehr Sinn, ländlich und großstädtisch geprägte Regionen zusammenzulegen. Alexander Bauer bestätigte, dass die jetzt gefundene Lösung, mit den drei Landkreisen Rems-Murr, Schwäbisch Hall und Ostalbkreis, keine Fremden miteinander verbindet. Bei der Polizeidirektion Waiblingen arbeiteten und arbeiten seit Jahrzehnten zahlreiche Bedienstete aus den beiden anderen Landkreisen. Das kann aus Sicht von Alexander Bauer bei der jetzt bevorstehenden Arbeit in der Teilprojektgruppe für das neue Präsidium aus vielerlei Gründen nur von Vorteil sein.

Man müsse sich wundern, warum die Oberbürgermeister sich bei früheren Strukturreformen nicht kritisch zu Wort gemeldet hätten. Immerhin kamen bei der jetzigen Kampagne 13.000 Unterschriften zusammen. Die Kampagne, so Halder, sei reine Propaganda von CDU und FDP, um Hysterie in der Bevölkerung zu schüren.

Die Selbstbeweihräucherung der Vorgängerregierung in Sachen Polizeiarbeit dürfe laut Willi Halder nicht darüber hinwegtäuschen, dass es eine Reihe von strukturellen Problemen gab und gibt, die eben weitgehend auf die lange Bank geschoben worden sind. Namentlich sind dies eine chronische Unterfinanzierung und ein großer Investitionsstau bei der Neuausstattung der Polizei im Bereich Digitalfunk, Leitstellentechnik, Verbesserung der Hard- und Softwareausstattung, Vernetzung etc. Eine enorme Pensionierungswelle innerhalb der

nächsten Jahre tut ihr Übriges, denn jetzt müsse eine attraktive Aufwertung der Polizeiarbeit stattfinden, finanziell wie ideell.

Alexander Bauer erklärte die Ziele der eingeschlagenen Reform: eine Verschlankeung der Führungsstäbe und ein Ausbau der Leitstellentechnik für eine verbesserte Koordination von Einsätzen. Die Kriminaldirektion kommt nach Waiblingen, so dass das jetzige Gebäude problemlos weiter genutzt werden kann. Die Kapazität des Gebäudes muss noch geprüft werden. Der jetzige Leiter der Polizeidirektion in Waiblingen und vermutlich künftige Präsident in Aalen, Ralf Michelfelder, ist Projektleiter für die Umstrukturierung und Neuzuschneide, z.B. auch der Verkehrspolizei. In dieser Teilprojektgruppe 6 wird es auch einen Übergangspersonalrat geben, der die Belange der Beschäftigten im Rahmen der Beteiligung stärkt und damit auch unmäßige Härten bei der Umsetzung verhindern soll. Willi Halder betonte die Notwendigkeit größerer Strukturen und wies den konservativen Vorwurf des Gigantismus entschieden zurück. Am Beispiel der digitalen Leitstelleneinrichtung zeige sich, dass eine Reduzierung auf zwölf Polizeipräsidien erhebliche Einsparungen mit sich bringt. Diese Einsparungen können an anderen Stellen sinnvoll genutzt werden. Auch für das Training der Mitarbeiter in den neuen Techniken seien größere Einheiten einfach effektiver. Ein pensionierter Polizeibeamter im Publikum warf ein, dass ja überall das Personal fehle, was auf Versäumnisse der Vorgängerregierung zurückzuführen sei, obwohl er skeptisch sei, dass die Strukturreform kurzfristig hier viel Positives bewirken werde. Hier konnte Alexander Bauer nur zustimmen. Die durch die alte Landesregierung gestrichenen 1000 Stellen fehlen der Polizei hinten und vorne.

Mittelfristig werde die Reform aber auf alle Fälle neue Stellen freisetzen für die Arbeit in den Polizeidienststellen vor Ort. So sei ein Minimum von 650 Vollzugsstellen landesweit angepeilt, wobei jeweils 50% an die Schutzpolizei vor Ort und 50% an die Kriminalpolizei gehen sollen. Von der Gegenseite geschürte Ängste, dass weniger Polizeischutz vor Ort Folge der Reform sei, seien somit gegenstandslos. Michael Vonau ergänzte, dass sich der Revierleiter Fellbachs und Stadtrat der FW/FD, Klaus Auer, angesichts der gestiegenen Kriminalitätszahlen positiv über den erwarteten Zugang an Beamten geäußert hat. Ca. 2 zusätzliche Stellen pro Revier sollen erwartungsgemäß geschaffen werden, was allerdings aus Sicht des Polizeibeamtens im Publikum ein Tropfen auf den heißen Stein sei.

Alexander Bauer verdeutlichte einen weiteren Unterschied zwischen den Planungen und der derzeitigen Ist-Situation. Künftig sollen Kriminaldauerdienste eingerichtet werden, die rund um die Uhr einsatzbereit sind. Heute wird dieser Bedarf durch Bereitschaftsdienstpläne organisiert, die aber dazu führen können, dass auch ein Wirtschaftskriminal plötzlich neben einer Leiche steht, wofür dieser zwar ausgebildet ist, aber mangels kontinuierlicher Praxiserfahrung nicht im gleichen Maße Profi ist wie seine Kriminalerkollegen aus dem Bereich der Kapitaldelikte. Auf Anfrage von Dagmar Claus wurde durchgespielt, wie ein derartiger Einsatz verläuft. Eine Leiche im nächtlichen Garten führt zur Wahl von 110 durch den Bürger, die Anfrage wird an den Notruf des zuständigen Führungs- und Lagezentrums weitergeleitet. Von dort wird der Einsatz an die örtlich zuständige Schutzpolizei weitergeleitet, die als erstes an den Tatort kommt und den Sachverhalt prüft. Im Anschluss erfolgt die Rückmeldung über das Polizeirevier an das Führungs- und Lagezentrum. Der vor Ort befindliche Notarzt habe eine unklare Todesursache festgestellt. Jetzt erfolgt die nächtliche Verständigung des Kommissars vom Dienst. Dieser wiederum verständigt seinen Sachbearbeiter und Kriminaltechniker. Es wird klar sein, dass diese Verständigungs- und Abklärungskette Zeit benötigt. Das „vor Ort sein der Kriminalpolizei“ kann so im Kreisgebiet schon mal ein oder zwei Stunden dauern.

Der neue „Rund um die Uhr“ Kriminaldauerdienst soll diese Defizite beseitigen. Der Standort für die räumliche Unterbringung ist aber noch nicht geklärt. Das Fazit laut Bauer: „Für die Bürger ändert sich nichts. Denn wenn ich bisher Bereitschaft hatte, dauerte es auch eine Weile, wenn ich in der Nacht rausgeklingelt wurde.“

Zum Vorwurf des Gigantismus ergänzte Bauer noch, dass sich die baden-württembergischen Reformer in Bayern informiert haben, wo schon vor einer Weile dieser Schritt getan wurde. Dort sind sowohl die Einzugsbereiche, wie auch die Präsidienzuschnitte doppelt so groß wie in Baden-Württemberg. Insofern haben die Baden-Württemberger nicht nur an diesem Punkt die Erfahrungen der Bayern mit aufgenommen, auch die Auswirkungen von zu groß gewählten Führungsspannen konnten dort im „Echtbetrieb“ angeschaut werden.

Von der Personalseite her muss eine wahre Pensionierungswelle verkraftet werden, in den nächsten fünf Jahren ist ein Personalaustausch von 40% unausweichlich. Zu den Stellengewinnen durch die Strukturreform kommt zusätzlich noch eine Aufstockung durch die neue Landesregierung von 800 auf 1200 Neueinstellungen. Die Umsetzung der Strukturreform kann allerdings dauern: „Wenn man bis zum Ende der Legislaturperiode 2015 durch ist, dann ist das aus meiner Sicht ein echter Erfolg“, meinte Bauer. Überhaupt wird sie eine „harte Nuss“, bei der vor allem auf die Sozialverträglichkeit geachtet werden muss. Große Probleme macht auch die mangelnde Attraktivität des Polizeiberufs bei schrumpfenden Bewerberjahrgängen. Zudem ist der Streifendienst in der Schutzpolizei durch Zulagen und eine Vielzahl von Funktionsstellen beliebter als der Kriminaldienst.

Es ist auch daran zu denken, über die Jahre erworbene Zuständigkeiten wieder zurückzugeben, z.B. bei der Verkehrserziehung oder bestimmten Präventionsbereichen an die Landratsämter, bzw. Jugendämter. Die Polizei soll sich auf ihre Kernaufgaben besinnen.

Der Polizeibeamte aus dem Publikum fand, dass die beste Prävention immer noch der Streifengang vor Ort sei, der aber wegen Arbeitsüberlastung heute kaum mehr möglich ist. Die CDU habe von Jahr zu Jahr die selbst gestalteten Kriminalitätsstatistiken gefeiert mit dem Tenor, wir können das auch mit immer weniger Personal. Dies führte langfristig zum Auslaugen des Systems (Mit immer weniger Personal, eine immer bessere Statistik). Die Polizei hat sich durch ihren hochmotivierten Einsatz letztendlich nur geschadet und wurde ausgenutzt. Hier konnten Alexander Bauer und Willi Halder nur zustimmen. „Wir müssen alles können“, war lange Jahre die Devise, schon bei der Ausbildung, die durch eine Ausweitung von wichtigen Inhalten, wie z.B. Sozialkompetenzen, Konfliktlösungsstrategien, Einsatztraining etc., immer anspruchsvoller wurde. Dies in Verbindung mit der alten Kleinteiligkeit führte dazu, dass über Rankings ein Konkurrenzkampf zwischen den einzelnen Polizeidirektionen entfacht wurde. Eine chronische Mangelwirtschaft führte stellenweise zur Beeinträchtigung der Arbeit. Größere Einheiten können jetzt leichter austariert werden, eben z.B. durch die Mischung von ländlichen und großstädtischen Regionen. So war z.B. Waiblingen aufgrund hoher Kriminalitätsbelastung am Rand des Stuttgarter Ballungsgebietes chronisch unterfinanziert, während andere ländliche Polizeidirektionen besser über die Runden kamen.

Ulli Posselt gab zu Bedenken, dass eine Umstrukturierung wie die jetzt geplante in der freien Wirtschaft schon länger gang und gäbe seien. Auch in seinem Betrieb wurden ganze Strukturebenen, gerade im mittleren und höheren Bereich, stark ausgelichtet. Bauer gab hier zu Bedenken, dass die Polizeiarbeit nicht nur mit der betriebswirtschaftlichen Brille gesehen werden darf, sondern jede ökonomische Effizienzsteigerung muss immer vom Ziel einer erfolgreichen Polizeiarbeit her gedacht werden. Die Sicherheit der Bevölkerung darf nicht

unter Sparmaßnahmen leiden. In Zeiten knapper Kassen und einer bevorstehenden Schuldenbremse im Landeshaushalt müssen dann eben Wege wie der jetzt eingeschlagene gewählt werden. Willi Halder ergänzte, dass die Reform - auch gegen die Begehrlichkeiten der Finanz- und Haushaltspolitiker - nicht zum Stopfen von Haushaltslöchern andernorts missbraucht werden darf, sondern dass alle Einsparungen der Polizeiarbeit zugute kommen müssen. Er wünschte sich deshalb auch, dass sich Innenminister Gall hier kompromisslos durchsetzen und Finanzminister Schmid Wort halten wird. Denn die Reform kostet zunächst einmal, mit 120 Mio. wird gerechnet. Doch die sollen sich zum Gutteil gegen finanzieren z.B. durch Immobilienverkäufe.

Als nächster Schritt der Polizeistrukturereform steht die Einführung der zweigeteilten Laufbahn an (gehobener und höherer Dienst), d.h. dass der mittlere Dienst mittelfristig abgeschafft wird. Für den Polizeidienst wird darauf geachtet werden, dass auch ein Zugang über den Realschulabschluss möglich bleibt. Dies ist auch wichtiger Bestandteil des neuen Ausbildungsmodells.

Auf einige kritische Aspekte gab Bauer noch Antwort: Verlängerte Fahrzeiten der Kollegen zu Einsätzen, wie von den Kritikern erwartet, verteuerten den Betrieb wirklich, weswegen jetzt beim Zuschnitt der Einsatzgebiete viel Sorgfalt walten muss. Die Kommunikation zwischen den Dienststellen hingegen funktioniere schon heute überwiegend elektronisch, hier werden durch die wachsenden räumlichen Entfernungen wesentlich weniger Kosten entstehen als oft erwartet. Zur Frage einer möglichen Schließung der Kriminalaußenstelle Backnang meinte Bauer, dass der Standort Backnang aus seiner Sicht keine größere Berechtigung hätte, wie Schorndorf und Fellbach. Er könne allerdings die Kritik aus Backnang gut verstehen, denn es wurde hier ja auch das Kreiskrankenhaus zur Disposition gestellt. Wenn sich für diese Gebäude eine Anschlussnutzung im Rahmen der Strukturreform fände, wäre dies sicherlich von Nutzen für die Stadt. Die Gefahr, dass das angesehene Einsatztraining aus Waiblingen abgezogen werden könnte, sieht Bauer nicht, das Einsatzzentrum dort sei autark, über die Organisation der Einrichtung bestimmt der laufende Projektplanungsprozess unter der Leitung von Polizeidirektionsleiter Michelfelder. Das kontinuierlich auszubildende Personal ist ja weiterhin da. Die Mehrheit des Personals wird im Bereich Rems-Murr seinen Dienst verrichten.

Zum Abschluss der Veranstaltung schlug Ulli Posselt vor, dass wir diese kurz vor Schluss der Legislaturperiode noch einmal wiederholen und dann ein Resümee ziehen über den Stand und die Erfolge der Polizeistrukturereform. Da die Zeit schon recht fortgeschritten war, beschloss die Versammlung, das Thema Kirchenpolitik auf einen späteren Zeitpunkt zu verlegen, dann möglichst mit weiteren Fachleuten aus diesem Bereich, die Willi Halder beim Thema zur Seite stehen.

Protokoll: Michael Vonau